Bekanntmachung der Planfeststellung für das Vorhaben „Beseitigung Bahnübergang (BÜ) Großhelfendorf mit Neubau einer Straßenüberführung und Verschiebung des Haltepunktes Großhelfendorf sowie des BÜ An der Gaß / Göggenhofen - Neugöggenhofen“, Bahn-km 23,796 bis 25,072 der Strecke 5552 München Giesing - Kreuzstraße in der Gemeinde Aying

Mit Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle München, Arnulfstraße 9/11, 80335 München (Planfeststellungsbehörde) vom 02.04.2025, Az. 651ppb/006-2021#015 ist der Plan für das vorgenannte Bauvorhaben gemäß § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) festgestellt worden. Vorhabenträgerin ist die DB InfraGO AG.

Der Planfeststellungsbeschluss ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Der Planfeststellungsbeschluss mit den dazugehörigen Zeichnungen und Erläuterungen wird **ab dem 14.04.2025** für einen Zeitraum von zwei Wochen, d. h. **bis zum 28.04.2025**, auf der Internetseite des Eisenbahn-Bundesamtes www.eba.bund.de/bekanntmachungen zur allgemeinen Einsichtnahme veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ersetzt gemäß § 18b Abs. 3 Satz 1 AEG die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses und deren ortsübliche Bekanntmachung.

Auf Verlangen eines Beteiligten wird diesem eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Das Verlangen ist bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist an die Planfeststellungsbehörde zu richten über folgende Email-Adresse: Kanzlei-sb1-MUE-NRB@eba.bund.de

Der verfügende Teil des Beschlusses lautet:

Der Plan für das Vorhaben „Beseitigung Bahnübergang (BÜ) Großhelfendorf mit Neubau einer Straßenüberführung und Verschiebung des Haltepunktes Großhelfendorf sowie des BÜ An der Gaß / Göggenhofen - Neugöggenhofen“ in der Gemeinde Aying, im Landkreis München, Bahn-km 23,796 bis 25,072 der Strecke 5552 München Giesing - Kreuzstraße, wird mit den in diesem Beschluss aufgeführten Nebenbestimmungen festgestellt.

Gegenstand des Vorhabens ist im Wesentlichen:

1. Ersatz BÜ Großhelfendorf durch Straßenüberführung

- Rückbau Bahnübergang Großhelfendorf, km 24,465
- Rückbau der bestehenden Gleistrassierung von km 24,074 bis km 24,811

- Neubau einer Gleistrassierung in verschobener und abgesenkter Lage
- Neubau einer Straßenüberführung
- Rück- und Neubau der OLA-Anlagen im Bereich der neuen Gleistrassierung
- Rückbau des bestehenden Haltepunkts Großhelfendorf
- Neubau des Haltepunktes in verschobener Lage mit barrierefreiem Zugang
- Anpassungen Forststraße an die neue Straßenüberführung
- Teilweise Rückbau des Parkplatzes des Gewerbetreibenden im östlichen Bereich am Bahnübergang Großhelfendorf
- Erweiterung des Parkplatzes des Gewerbetreibenden als Ersatz für zurückgebaute Parkplätze
- Neubau Geh- und Radweg bahnrechts anstelle des bestehenden Wirtschaftswegs in verschobener Lage entlang der neuen Böschungsoberkante
- Neubau zweier Instandhaltungswege als Wirtschaftswege im Süden
- Neubau eines Wirtschaftswegs bahnrechts ab dem BÜ Göggenhofener Weg entlang der neuen Böschungsoberkante
- Landespflegerisches Vermeidungs- und Kompensationskonzept (siehe unter Ziffer A.2 die Planunterlagen 14 und 15) für den BÜ Großhelfendorf

2. Änderung BÜ Göggenhofener Weg

- Rückbau Bahnübergang Göggenhofener Weg, km 23,859
- Neubau Bahnübergang Göggenhofener Weg, km 23,863
- Anpassungen und Verlegung der Zufahrten zum Göggenhofener Weg außerhalb des 27-Meter-Räumbereichs
- Landespflegerisches Vermeidungs- und Kompensationskonzept (siehe unter Ziffer A.2 die Planunterlagen 14 und 15) für den BÜ Göggenhofen

Die Einwendungen der Betroffenen und der sonstigen Einwender sowie die von Behörden und Stellen geäußerten Forderungen, Hinweise und Anträge werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht entsprochen wurde oder sie sich nicht auf andere Weise erledigt haben.

Mit dem Vorhaben sind folgende Auswirkungen verbunden: wasserrechtliche Tatbestände, vorübergehende und dauerhafte Grundstücksinanspruchnahmen, Eingriffe in Natur und Landschaft, Beeinträchtigungen von Zauneidechse und Schlingnatter, bauzeitliche Schall- und Erschütterungsimmissionen, Beeinträchtigung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Eingriffe in Bodendenkmäler, Umverlegung von Leitungen insbesondere der Wasserver- und -entsorgung.

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Nebenbestimmungen zum Schutz der Umwelt, der Allgemeinheit und zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer. Die Nebenbestimmungen betreffen den Gewässerschutz, Naturschutz, Landschaftspflege und Artenschutz, den Immissionsschutz, landwirtschaftliche Belange, das Abfallrecht, öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen, verkehrliche Belange, den Denkmalschutz und Eigentumsrechte.

Die Rechtsbehelfsbelehrung lautet:

Gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim **Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Ludwigstraße 23, 80539 München** erhoben werden. Der Kläger hat innerhalb einer Frist von zehn Wochen ab Klageerhebung die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat kraft Gesetzes keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim **Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Ludwigstraße 23, 80539 München** gestellt und begründet werden. Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch den Planfeststellungsbeschluss Beschwerzte einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Absatz 5 Satz 1 VwGO innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerzte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Veröffentlichungsfrist allen Betroffenen gegenüber als zugestellt.

Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle München
München, 02.04.2025